# Jünger, europäisch und auf keinem Auge blind – für eine wirksame Friedensbewegung

Posted on 27. September 2026 by Andreas Zumach

*„Quo vadis Friedensbewegung?“* fragt das aktuelle, gerade erschienene Heft des *Forschungsjournals Soziale Bewegungen*. Den Themenschwerpunkt eröffnet Andreas Zumach. Er fragt nach den „Bedingungen für eine (wieder) wirksame Friedensbewegung“ und formuliert diesen Ausganspunkt:“Deutschland erlebt die größte und gefährlichste Aufrüstung sowie die stärkste innergesellschaftliche Militarisierung seit 1945 mit gigantischen Kosten und Folgen für die Zukunft des Landes. Ähnliches geschieht in den meisten Mitgliedsstaaten der EU. Gegen diese gefährliche Entwicklung müssten viele Menschen demonstrieren und Widerstand leisten. Doch die deutsche Friedensbewegung brachte bei Demonstrationen der letzten Jahre nur wenige zehntausend Menschen die Straße. Was sind die Ursachen für diese Mobilisierungspleiten? Wie kann

es der Friedensbewegung gelingen, erneut die Mitte der Gesellschaft zu erreichen?“
*Bruchstücke* dokumentiert Zumachs „Überlegungen zur Bewegung aus der Mitte der Bewegung heraus“.

In vielen friedensbewegten Zusammenhängen wird zu Recht anerkannt, welch große Mobilisierungsleistung die Friedensbewegung vor 40 Jahren erbrachte: Hunderttausende waren auf den Demonstrationen dieser Zeit. Bei der Erinnerung an die Aktionen und Erfolge der Friedensbewegung der 1980er Jahre kann es aber nicht um Nostalgie gehen, sondern um eine systematische Analyse der Bedingungen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben. Natürlich sind die heutigen globalen, europäischen, innerdeutschen und medialen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Mobilisierung aus der Friedensbewegung anders als vor 40 Jahren – in mancher Hinsicht ist die Ausgangslage komplizierter und schwieriger. Dennoch: vier Bedingungen, die damals erfüllt waren, sind meines Erachtens auch heute notwendige Voraussetzungen für ein Wiedererstarken der Friedensbewegung. Diese sind

- die Universalität der Forderungen und Argumente,
- eine alle Altersgruppen umspannende Bewegung, die die jüngeren Menschen mobilisieren kann,
- das Durchbrechen des sicherheitspolitischen Konsenses und
- die Überzeugung, eine gesamteuropäische Bewegung sein zu wollen.

# 1 Friedensbewegung – universalistisch oder gar nicht

»*Die Waffen nieder!*« – Bertha von Suttner verstand diesen 1889 in ihrem gleichnamigen Buch veröffentlichten Appell universalistisch. Sie bezog ihn auf alle Kriege, Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen, die damals weltweit stattfanden. Auch die Bewegung »*Nie wieder Krie*g«, die 1920 auf Initiative des »Friedensbundes der Kriegsteilnehmer« (darunter Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky) gegründet wurde, und die in den nachfolgenden Jahren unter diesem Motto Kundgebungen und Demonstrationen mit hunderttausenden Teilnehmer*innen organisierte, war universalistisch ausgerichtet. Dasselbe gilt auch für die Friedensbewegung der 1950er Jahre (»*Kampf dem Atomtod*«) wie für die Friedensbewegung der 1980er Jahre. Letztere demonstrierte am 10. Oktober 1981 in Bonn trotz aller Heterogenität und aller unterschiedlicher Positionen der vielen beteiligten Gruppen und Organisationen gemeinsam *„Gegen die atomare Bedrohung in Ost und West“* sowie gegen *„Geist, Logik und Politik der Abschreckung“*, wie es im Aufruf und in den Reden des Tages hieß.

Doch genau diese überzeugte Haltung einer umfassenden und alle Parteien gleichermaßen für ihre Gewaltlogik kritisierenden Bewegung ist heute oft eine Minderheitsposition. Leider nicht universalistisch argumentiert beispielsweise die von einem Personenbündnis getragene Initiative »*Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder*!« (im Folgenden: die Initiative), die laut Selbstdarstellung auf ihrer Webseite von Ende 2025 *„in*

*den letzten 3 Jahren die Großdemonstrationen der deutschen Friedensbewegung gegen den Krieg in der Ukraine organisiert hat“* (Initiative 2025). Das stimmt allerdings in zweifacher Hinsicht nicht.

- Die bislang größte Demonstration und Kundgebung gegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine mit fast 500.000 Teilnehmer*innen am 27. Februar 2022 in Berlin wurde von anderer Seite veranstaltet.
- Die tatsächlich von der Initiative jeweils am 3. Oktober 2024 und 2025 organisierten Kundgebungen in Berlin und Stuttgart richteten sich keineswegs gegen Russlands Krieg gegen die Ukraine.

Screenshot: Website „Nie wieder Krieg„

Am Beispiel von 2024 ist dies drastisch sichtbar: Sicherlich 80% des Aufruftextes (Initiative 2024a) zum 3. Oktober 2024 bestand aus zahlreichen, durchaus richtigen und wichtigen Kritikpunkten und Forderungen an die Adresse des »Westens« und der Bundesregierung. Die Ukraine wurde in dem Aufruf allerdings lediglich in den Sätzen *„Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine!“* und *„Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!“* erwähnt (ebd.). Dass Russland diesen Krieg gegen die Ukraine führt, kommt in dem Aufruf nicht vor. Geschweige denn eine Benennung und Kritik dieses Krieges als völkerrechtswidrig. Oder gar ein Aufruf an die Regierung Putin, diesen Krieg zu beenden. Für die *„Beschleunigung der Eskalation dieses Krieges“* wurde ausschließlich *„der Westen – einschließlich der Bundesregierung“* verantwortlich gemacht. Interessanterweise wird diese Analyse von einer Initiative angestellt, deren Mitglieder alle völkerrechtswidrigen Kriege und sonstigen Völkerrechtsbrüche der USA, der NATO oder auch des kollektiven »Westens« in der Vergangenheit immer – und völlig zu Recht – scharf kritisiert haben.

## Ralf Stegner wurde ausgebuht und niedergeschrien

In mehreren Verhandlungsrunden mit führenden Organisationen der Friedensbewegung (DFG-VK, IPPNW, Pax Christi, Ohne Rüstung Leben, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden) weigerte sich – nach Auskunft von Vertreter*innen all dieser Organisationen – die Initiative beharrlich, auch nur irgendeine Formulierung zu Russlands Krieg gegen die Ukraine in den Aufruftext aufzunehmen. Abgelehnt wurde von der Initiative auch die Forderung nach *„Schutz und Asyl für KriegsdienstverweigerInnen und DeserteurInnen aus Russland, Belarus und der Ukraine“*. Daraufhin lehnten alle an den Verhandlungen beteiligten Organisationen eine Unterzeichnung des Aufrufs ab. Die DFG-VK begründete dies in einer ausführlichen Stellungnahme (DFG-VK 2024). Nach diesem Scheitern einer Verbesserung des Aufrufs lehnten auch mehrere von der Initiative angefragte Personen (Margot Käßmann, Jürgen Grässlin, Günter Verheugen, auch ich selbst) einen Auftritt als Redner*innen bei der Kundgebung ab.

Die Initiative begründete ihre Haltung nach Auskunft von an den Verhandlungen über den Aufruftext beteiligen Personen damit, den Aufruf im Interesse einer breiten Mobilisierung offen und für alle politischen Richtungen anschlussfähig halten zu wollen – und damit auch bewusst für Putin-Sympathisant*innen, AFD-nahe und andere rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Kreise. Daher lehnte die Initiative den Antrag ab, die folgende Formulierung in den Aufruf aufzunehmen: *„Für Gruppen und Menschen aus dem nationalistischen, antidemokratischen oder rechtsextremen Spektrum und solchen, die mit ihnen zusammenarbeiten, ist auf der Aktion kein Platz – wir streiten für eine Welt, in der alle Menschen frei, friedlich und in Sicherheit leben können!“* Aber selbst dieses äußerst fragwürdige Kalkül ging nicht auf. An der Demonstration und Kundgebung nahmen maximal 15.000 Menschen teil – die Initiative blies diese Zahl auf vermeintlich über 40.000 auf (vgl. Initiative 2024b). Der SPD-Politiker Ralf Stegner wurde ausgebuht und niedergeschrien, als er in seiner Kundgebungsrede den *„völkerrechtswidrigen Krieg Russlands“* erwähnte (vgl. Beucker 2024).

## Ein fauler, ja feiger Formelkompromiss

Für die Kundgebung am 3. Oktober 2025 veröffentlichte die Initiative dann trotz der Kritik aus dem Vorjahr und trotz des misslungenen Mobilisierungserfolgs erneut einen Aufruf, in dem dieser Krieg nicht vorkam (Initiative 2025c). Die daraufhin erneut geführten Verhandlungen mit den oben genannten und weiteren Friedensorganisationen führten zwar zu einem gemeinsamen zusätzlichen Aufruf »Nie wieder kriegstüchtig« (Initiative 2025d) mit viel richtiger und notwendiger Kritik an westlicher Aufrüstung. Doch auch in diesem Aufruf wurde Russlands Krieg nicht konkret benannt. Man habe sich auf die Kompromissfomulierung *„Wir lehnen alle Kriege ab“* geeinigt, verkündete DFG-VK-Sprecher Thomas Carl Schwörer nach Abschluss der Verhandlungen unter anderem auf einer Online-Beratung der DFG-VK Baden-Württemberg am 12.8.2025 (siehe DFG-VK Baden-Württemberg 2025).

Doch selbst dieser faule, ja feige Formelkompromiss wurde letztlich nicht eingehalten: Der schließlich veröffentlichte Aufruf benennt sehr konkret im Detail (und in der Sache völlig zutreffend) *„die von immer mehr Staaten und Organisationen als Völkermord klassifizierte Kriegsführung (Israels) im Gazastreifen“*. Die Bundesregierung wurde aufgerufen, *„alles dafür zu tun, damit der Krieg, die Vertreibung der Palästinenser und PalästinenserInnen und der Einsatz von Hunger als Waffe umgehend beendet werden“*. Andere Kriege fanden auf diese Weise keine gleichwertige Erwähnung und andere staatliche Gewaltakteure wurden auch nicht als problematisch benannt.

Auch die beiden Aufrufe zum 3. Oktober 2025 brachten – wie schon ein Jahr zuvor – viel weniger Menschen auf die Straße, als angesichts von Hochrüstung und innergesellschaftlicher Militarisierung dringend notwendig wären: maximal 12.000 in Berlin (von den Veranstalter*innen erneut deutlich höher mit 20.000 angegeben, (vgl. Initiative 2025e) und rund 15.000 in Stuttgart. Das anvisierte breite Spektrum von Menschen, die in Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbänden und anderen gesellschaftlichen Institutionen verankert sind, wurde von den Aufrufen eben nicht mobilisiert. Die Medien schenkten den Kundgebungen sowohl im Vorfeld als auch in der Berichterstattung noch weniger Aufmerksamkeit als im Vorjahr. Selbst aus der Politik fühlte sich diesmal niemand auch nur zu einem kritischen Kommentar herausgefordert – so unbedeutend war der Druck, der von »der Straße« ausging.[1]

## Die Glaubwürdigkeit erheblich beschädigt

Das alles war voraussehbar. Denn mit der Einseitigkeit und den Doppelstandards bei der Kritik an Verstößen gegen universell gültige Völkerrechts- und Menschenrechtsnormen in den zitierten Aufrufen, anderen einschlägigen Texten sowie den Kundgebungsreden der letzten vier Jahre haben sich zumindest weite Teile der Friedensbewegung ähnlich verhalten wie sie dies sonst zu Recht bei den westlichen Regierungen, NATO und EU kritisieren. Das hat die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung erheblich beschädigt. Es kann zwar nicht als der einzige, aber so doch als wesentlicher Grund für die Mobilisierungspleiten im Oktober 2024 und 2025 gelten. Stattdessen wurden die Kritiker*innen der beiden Aufrufe der Initiative einer Spaltung der Friedensbewegung bezichtigt und gemeinsam mit den Medien für die geringen Teilnehmendenzahlen verantwortlich gemacht. Die notwendige Konsequenz, künftige Aufrufe und Forderungen universalistischer zu formulieren, wurde leider nicht gezogen.

Ebenso einseitig war auch der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch in Berlin (vgl. FriKo 2026), dem in der 4-Millionen-Stadt lediglich 1.600 Menschen folgten. Proportional zur Bevölkerung weit mehr Menschen konnte die Friedensbewegung in Mainz-Wiesbaden mit ihrem allseitigen, universalistischen Aufruf mobilisieren (vgl. DFG-VK Mainz-Wiesbaden 2026).

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und auch schon die ebenfalls völkerrechtswidrige Annexion der Krim

im Jahr 2014 werden in Diskussionen unter (vermeintlich) Friedensbewegten immer wieder relativiert, verharmlost oder gar ausdrücklich gerechtfertigt, zumeist unter Verweis auf die – zu Recht scharf kritisierte – NATO-Osterweiterung. Kritiker*innen dieses Krieges aus der Friedensbewegung werden von diesem Kreis pauschal als »Bellizist*innen« oder gar als »russophob« denunziert. Doch nur wenn die Friedensbewegung diesen völkerrechtswidrigen Krieg der Regierung Putin eindeutig benennt und kritisiert, hätte sie überhaupt eine Chance, dem tatsächlich bellizistischen und teilweise russophoben Mainstream in Politik und Medien, Geheimdienst, Bundeswehr sowie unter sicherheitspolitischen »Expert*innen«, der die öffentliche Wahrnehmung wesentlich bestimmt, etwas entgegenzusetzen.

Nur so ergibt sich eine Aussicht auf Erfolg zumindest in Teilen der Bevölkerung. Nur dann besteht eine Möglichkeit, die völlig unrealistischen und nicht belegten Bedrohungsbehauptungen wahrnehmbar zu entzaubern, die Regierung Putin plane zum einen nach Ende des Krieges gegen die Ukraine militärische Angriffe gegen Polen, die baltischen Staaten, Deutschland und andere NATO-Staaten, und sei zum anderen dazu spätestens Ende dieses Jahrzehnts auch militärisch in der Lage. Denn es sind diese Bedrohungsbehauptungen, mit denen die massive Aufrüstung mit ihren horrenden finanziellen Kosten und die daraus folgenden fatalen Ausgabenkürzungen in allen nichtmilitärischen Bereichen der Politik gerechtfertigt werden und innenpolitisch durchgesetzt werden sollen. Doch eine solche glaubhafte Widerlegung kann nur dann gelingen, wenn sich eine universalistische Perspektive ohne Ausnahme in der Friedensbewegung erneut durchsetzt.

## 2 Junge Generationen gewinnen

In der Friedensbewegung der 1980er Jahre stellte die Altersgruppe der unter 40-jährigen die Mehrheit. Das galt für die Aktivist*innen, Organisator*innen und Sprecher*innen der Bewegung und ebenso für die Teilnehmenden an Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen, Vortragsveranstaltungen oder Blockadeaktionen an Raketenstandorten. Auch bei Umfragen zu den Zielen der Friedensbewegung gab es in dieser Altersgruppe größere Zustimmungswerte als in den älteren Jahrgängen. Ein Beispiel dafür ist die im August 1982 vom ZDF-Politbarometer in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage, in der sich 75% aller Befragten und in den beiden jüngsten Altersgruppen noch deutlich größere Mehrheiten gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen aussprachen (für die Originaldaten vgl. Berger et al. 1992).

Bild: Oliver Kloss auf wikimedia commons

Das verhält sich heute genau umgekehrt. Die seit Ende des Kalten Krieges 1989/1990 und noch mehr die seit Beginn des Jahrtausends Geborenen fehlen in der Friedensbewegung fast völlig. Aus dieser Alterskohorte kommt bei allen Umfragen seit Beginn der russischen Vollinvasion in der Ukraine 2022 auch die höchste Zustimmung zu Waffenlieferungen an Kyjiw sowie zur Aufrüstung der Bundeswehr. Bei Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu friedenspolitischen Themen wird das Fehlen jüngerer Teilnehmer*innen von den Anwesenden fast immer beklagt, wie ich aus eigener Anschauung bezeugen kann. Manchmal mit Erklärungsversuchen, die jüngeren Generationen seien *„unpolitisch“*, *„weniger engagiert“* oder gar *„dümmer“*. Das sind allerdings nicht belegte Vorurteile, und auch das starke Engagement jüngerer Menschen vor allem in der Klimaschutzbewegung, aber auch in Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus zeigt ein gegenteiliges Bild.

Mit Blick auf friedens- und sicherheitspolitische Themen hat die Altersgruppe der heute unter 20-jährigen und in geringerem Maße auch der bis 40-jährigen allerdings ein Erfahrungs- und Wissensdefizit. Für diese Generationen sind die meisten Kriege, die das Bewusstsein früherer Jahrgänge geprägt sowie ihr friedenspolitisches Engagement motiviert haben (Vietnam, Korea, Golfkriege I und II, Jugoslawien, Irak, zwei

Mal Afghanistan 1979ff. und 2001ff.) graue Vorzeit. Dasselbe gilt für die militärische Niederschlagung demokratischer Erhebungen in den Warschauer Vertragsstaaten (Ungarn, Tschescheslowakei, Ungarn, DDR) durch die Sowjetunion sowie für die zahlreichen US-Militärinterventionen und gewaltsam herbeigeführten Regierungsstürze in Mittelamerika (von Guatemala 1954 bis Panama 1989).

## Erfahrungs- und Wissensdefizite

Für die seit 2000 Geborenen ist Russlands Krieg gegen die Ukraine der erste Krieg, den sie bewusst »erleben« – auch, weil dieser Krieg in Europa stattfindet. Das prägt das Bewusstsein und die oben zitierten Einstellungen zu Waffenlieferungen, Aufrüstung etc. In der Schule haben sie zu wenig und manchmal sogar überhaupt nichts über die Kriege, Militärinterventionen und sonstigen Gewaltkonflikte zwischen 1945 und dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan 2021 erfahren, wie ich bei zahlreichen Schulbesuchen in den letzten 25 Jahren festgestellt habe. Daher sind auch viele der früheren Bemühungen unbekannt, Gewaltkonflikte durch Diplomatie und Verhandlungen zu beenden, zu deeskalieren oder gar ihren Ausbruch zu verhindern.

Ohne eine zumindest teilweise Überwindung dieses Erfahrungs- und Wissensdefizits wird es nicht gelingen, einen relevanten Teil der heute unter 40-jährigen für die Friedensbewegung zu gewinnen. Dafür wird die militärkritische Politisierung, die seit der zweiten Hälfte 2025 bei Angehörigen der Altersgruppe 18+ begonnen hat, infolge ihrer – zunächst noch halb freiwilligen – Vorbereitung auf den Kriegsdienst allein nicht ausreichen. Selbst dann nicht, wenn es zu einer vollständigen Wiedereinsetzung der Kriegsdienstpflicht kommen sollte.

Es braucht dafür aktive Friedensbildungsangebote und die Begegnung mit Zeitzeug*innen. Für die Generation, die in den 1960er bis 1990er Jahren politisiert und zum Engagement in der Friedensbewegung, in Initiativen zur Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion u. ä. motiviert wurden, waren die Überlebenden der Shoa und des Widerstandes gegen die Nazi-Diktatur ganz entscheidende Zeitzeug*innen. Diese sind heute fast alle verstorben. Daher meine ich, dass eine wichtige Zeitzeug*innenfunktion heute die über 60-jährigen in der Friedensbewegung übernehmen müssen – diesmal bezogen auf die Periode ab Mitte/Ende der 1960er Jahre (Beginn der Ost- und Entspannungspolitik) bis zum 2021 beendeten Afghanistankrieg. Das heißt in erster Linie: überall unter Berufung auf den Beutelsbacher Konsens den Zugang zu den Schulen einzufordern, um der inzwischen erheblich verstärkten Propaganda der Bundeswehr an den Schulen etwas entgegenzusetzen. Die Altersgruppe der 25-40-jährigen lässt sich nach meinen Erfahrungen noch am ehesten über Volkshochschulen, Gewerkschaften und Kirchen erreichen.

## 3 Den Konsens der etablierten Sicherheitspolitik aufbrechen

Ende der 1950er Jahre waren die großen Kontroversen in der BRD über Wiederbewaffnung, NATO-Beitritt und die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen entschieden. Danach gab es über 20 Jahre keine relevante Debatte zu sicherheitspolitischen Themen. Der Konsens brach erst auf, als sich 1979 mit Bundeswehrgeneral Gerd Bastian erstmals ein Angehöriger der Bundeswehr öffentlich kritisch zur geplanten Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa äußerte. In der Folge äußerten sich auch Generäle aus anderen NATO-Staaten öffentlich ähnlich wie Bastian (»Generale für den Frieden«). An den großen Demonstrationen der Friedensbewegungen im Herbst 1981 in Bonn, Amsterdam und Rom beteiligten sich tatsächlich auch Soldaten der Bundeswehr, der niederländischen und italienischen Streitkräfte – in Uniform. Zwei Jahre später sprach der SPD-Parteivorsitzende und ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt auf der Bonner Kundgebung der Friedensbewegung gegen die bevorstehende Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Der weitere Weg hin zum INF-Abkommen und zur vollständigen Abrüstung dieser Waffengattung wurde so möglich. Auf diese Weise hatte sich der sicherheitspolitische Konsens radikal aufbrechen lassen. Aber es benötigte die dissidente Stimme, der dann in der Friedensbewegung entsprechend Raum gegeben wurde.

Auch aktuell könnte die im Juli 2024 zwischen Bundeskanzler Scholz und US-Präsident Biden vereinbarte und ursprünglich noch für dieses Jahr (2026) geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland das Fenster bieten, um die seit Russlands Überfall auf die Ukraine sichtbar geschlossene Front der Sicherheitspolitiker*innen und Militärs aufzuweichen. Mit diesen neuen Mittelstreckenwaffen sollte die von der Bundeswehrführung behauptete “Fähigkeitslücke” geschlossen werden, russische Raketenstellungen und andere militärische Ziele bis hinter Moskau präventiv zu zerstören. US-Präsident Trump hat diese Pläne im April dieses Jahres zwar zunächst auf Eis gelegt. Zugleich haben aber die Regierungen Deutschlands und Frankreichs die bereits in der Vereinbarung zwischen Scholz und Biden angekündigte Absicht bekräftigt, eigene europäische Mittelstreckenwaffen mit denselben Fähigkeiten und Zweckbestimmungen zu entwickeln sowie in Deutschland und anderen NATO-Staaten zu stationieren.

Wenn es der Friedensbewegung gelingt, die beabsichtigte Erstschlagfunktion dieser Waffen gegen russische Raketenstellungen[2] und die dadurch deutlich verschärfte Gefahr russischer Angriffe auf die Stationierungsorte und die Kommandozentrale der neuen US-Raketen in Deutschland nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch möglichst vielen Soldat*innen der Bundeswehr bewusst zu machen, könnte ein solcher Konsens ins Wanken geraten. Mit fachlich bewanderten Experten wie Wolfgang Richter, der auf eine Vergangenheit als leitender Militärberater der deutschen Ständigen Vertretungen bei der Abrüstungskonferenz in Genf, den UN-Abrüstungsforen in New York und bei der OSZE in Wien zurückblickt, stehen auch profilierte Sprecher*innen zur Verfügung, die glaubwürdig eine alternative sicherheitspolitische Betrachtung anbieten können.

# 4 Für eine »Friedensmacht Europa«

In den 1980er-Jahren gab es zumindest zwischen Friedensorganisationen im Westen des damals noch geteilten europäischen Kontinents enge Kontakte, regelmäßige Treffen sowie Kooperation und Absprachen über gemeinsame Kampagnen und Demonstrationstermine. Friedensorganisationen aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Italien, Griechenland, Spanien, Dänemark, Schweden, Norwegen und der Schweiz vernetzten sich im »International Peace Coordinating Council« (IPCC) sowie im Rahmen der Kampagne »European Nuclear Disarmament« (END). Zudem gab es Kontakte zu Friedensgruppen in der DDR (»*Schwerter zu Pflugscharen*«). Das gemeinsame Handeln all dieser Friedensorganisationen ermöglichte es dem damaligen sowjetischen Präsidenten Michael Gorbatschow, seine Bereitschaft zu Verhandlungen und Rüstungskontrollabkommen mit den USA gegenüber den Hardlinern in der militärischen Führung und der Kommunistischen Partei (KPDSU) durchzusetzen. Sonst hätte es den INF-Vertrag vom Dezember 1987 nicht gegeben. Ab 1981 gab es auch eine enge Kooperation westeuropäischer Friedensorganisationen mit der ein Jahr zuvor in den USA gegründeten »*Nuclear Freeze Campaign*«, die auf ein Einfrieren der sowjetischen und US-amerikanischen Atomwaffenarsenale drängte.

Plakat: André Steidtmann 1982

(Foto, 2013: Matthias Sengewald auf wikimedia commons)

Diese Vernetzungsstrukturen und gemeinsamen Aktionen von Friedensorganisationen in Europa existieren schon seit den 1990er Jahren nur noch rudimentär in Form etwa des Europäischen Netzwerkes gegen Rüstungshandel (ENAAT) oder der – über Europa hinausgehenden – Zusammenarbeit von Friedensinitiativen im Rahmen der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Dabei wären sie heute dringender denn je. Erst recht, da – anders als in den 1980er Jahren und massiv verstärkt durch Russlands Krieg gegen die Ukraine –, inzwischen in der EU ein gemeinsamer Prozess der Militarisierung und Aufrüstung stattfindet. Eine Friedensbewegung, die gegenüber dieser EU-weiten Militarisierung nur im jeweiligen nationalen Rahmen agiert, wird in keinem der EU-Staaten erfolgreich sein. Voraussetzung für einen Erfolg ist überdies, dass die Kontakte, Vernetzung und Kooperation nicht auf die alten westeuropäischen Staaten beschränkt bleiben. Die Friedensbewegung muss gerade in den osteuropäischen EU- und NATO-Staaten – insbesondere in Polen und den drei baltischen Staaten – Gesprächspartner*innen und potentielle Verbündete suchen, in denen aus historischen Gründen und wegen der räumlichen Nähe dieser Staaten zu Russland »klassische« Friedensorganisationen bislang kaum oder überhaupt nicht existieren.

Um in der europäischen Öffentlichkeit wieder erfolgreich zu sein, braucht die Friedensbewegung überdies einen gemeinsamen positiven Entwurf für eine »Friedensmacht Europa«. Ein solcher Gegenentwurf müsste glaubhaft eine Alternative aufreißen zu der vorherrschenden Meinung, die schon seit Langem – nicht erst seit Trump – überfällige sicherheitspolitische Emanzipation von den USA sei nur möglich mit einer starken Aufrüstung bis hin zu einer eigenen atomaren Abschreckungskapazität. Ein derartiger Gegenentwurf müsste auch die konkrete Utopie von einem Zusammenleben mit Russland auf dem gemeinsamen Kontinent Europa/Asien ohne gegenseitige Bedrohung aufrechterhalten und ausbuchstabieren.

Eine solche Vision aber kann nur eine Friedensbewegung formulieren und erfolgreich zu etablieren versuchen, die konsequent universalistisch argumentiert, sich aktiv und strategisch verjüngt, sich um Zugänge zum Militär bemüht und Bruchlinien des sicherheitspolitischen Konsens sucht und immer internationalistisch agiert. Es bleibt viel zu tun.

1 Der Aufruf für 2026 findet sich hier

2 Eine solche Funktion wird in der US-Doktrin festgehalten und so auch von der Bundeswehr bestätigt. Siehe dazu: Bundeswehr 2025, sowie Richter 2026.

Literatur

*Berger, M./Gibowski, W. G./Roth, D./Schulte, W.* 1992: Politbarometer 1982 (Kumulierter Datensatz) (ZA2201; Version 1.0.0). GESIS, Köln.*Beucker, P.* 2024: Die Friedensbewegung ist tot. „Friedensdemonstration“ am 3. Oktober. taz, 4.10.2024.

*Bundeswehr* 2025: Nachgefragt: Stationierung von US-Raketen. Videointerview mit Brigadegeneral Maik Keller. YouTube, 30.10.2024.
*DFG-VK 2024*: Stellungnahme zur geplanten Demonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin. 28.8.2024.
*DFG-VK Baden-Württemberg* 2025: DFG-VK Baden-Württemberg unterstützt überregionale Demonstrationen am 3. Oktober in Stuttgart und Berlin. 14.8.2025.
*DFG-VK Mainz-Wiesbaden* 2026: Den Frieden lernen – nicht den Krieg! Mainz-Wiesbadener Ostermarsch in Wiesbaden. Flyer und Aufruf. URL: dfg-vk-mainz.de.
*Friedenskoordination Berlin FriKo* 2026: Nicht in unserem Namen. Flyer und Aufruf zum Berliner Ostermarsch 2026. URL: frikoberlin.de.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!«* 2024a: Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität. Aufruf zu einer bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin. Homepage, URL: nie-wieder-krieg.org/aufruf-03-10-2024.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!«* 2024b: Erfolgreiche Friedensmanifestation am 3. Oktober 2024 in Berlin. Videos, Bilder und Reden. Homepage , URL: nie-wieder-krieg.org/videos-bilder-reden.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!«* 2025a: US-Plan zur Beendigung des Krieges in der Ukraine nicht ablehnen. Stellungnahme / Presseerklärung, 23.11.2025.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!«* 2025b: Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität. Aufruf zu einer bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin. Homepage, URL: nie-wieder-krieg.org/nein-zu-krieg-und-hochruestung.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!«* 2025c: Bundesweite Demonstration am 3. Oktober 2025 in Berlin und in Stuttgart. Homepage, URL: nie-wieder-krieg.org/demo-03-10-25.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder!«* 2025d: Bündnisaufruf zur Demonstration am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart. Homepage, URL: nie-wieder-krieg.org/buendnisaufruf-03-10-25.
*Initiative »Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder*!« 2025e: Newsletter 12/2025 – Berichte vom 3. Oktober – Einladung zum Webinar.
*Richter, W.* 2026: Die globale Renaissance von Mittelstreckensystemen (2). Regionalkonflikte und die Rückkehr der Geopolitik. In: Bödecker, S. et al. (Hrsg.): Rückkehr der Mittelstreckenwaffen. Warum sie die globale Sicherheit gefährden. Dossier 102, Beilage zu W&F 1/2026, S. 16-22.

---

Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft, 39. Jahrgang, Heft 3, September 2026, Schwerpunkt: „*Quo vadis Friedensbewegung?*“, Herausgeber Ansgar Klein & Jupp Legrand, 168 Seiten, Einzelheft 35,00 € (+Versand),

Abonnementoptionen für 4 Ausgaben pro Jahr: Print Einzelkunden 60,00 €; Elektronisch Einzelkunden 49,00 €; Print + Elektronisch Einzelkunden 63,00 €

Themenschwerpunkt Heft 3/2026

- Andreas Zumach: (Entweder) Universalistisch oder (weiterhin) ohne Einfluss
- Pascal Beucker: Was bleibt, was wird?
- Phillip Bektas Kremser: Frieden unter Verdacht
- Klaus Moegling: Appelle, Erklärungen und Aufrufe der Friedensbewegung
- Martin Singe: Neue Wehrpflicht im alten Gewand?
- Greta Middendorf: Städte im Ruhrgebiet als Friedensakteure – nur leere Worte?
- Sophia Stanger: Klimabewegung trifft Friedensbewegung
- Clara Jöster-Morisse, Heidi Meinzolt, Nina Nissen: Aus der Vergangenheit lernen, für die Zukunft kämpfen
- Anna Theresa Schreiber: Der Diskurs über Abrüstung und Demilitarisierung in feministischen Friedensbewegungen am Beispiel der IFFF


- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen


---


## Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren